



Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 3109

An Herrn
ÖSI-Obmann
Christian Oberlechner
Groß-Höbarten 46
3961 Waldenstein

GS3-ALL-4/009-2025
Kennzeichen (bei Antwort bitte angeben)

Beilagen
1

E-Mail: post.gs3@noel.gv.at
Bürgerservice: 02742/9005-9005
Internet: www.noel.gv.at - www.noel.gv.at/datenschutz

Bezug

Bearbeitung
Mag. Filip Deimel

02742/9005-
Durchwahl
14760

Datum
05. Jänner 2026

Betrifft

Christian Oberlechner, Auskunftersuchen gemäß Informationsfreiheitsgesetz (IFG)

Sehr geehrter Herr Oberlechner!

Wir haben Ihren Antrag auf Erteilung einer Information betreffend den Gesundheitspakt 2040+ datiert mit 9.12.2025 an Herrn Landesrat Anton Kasser erhalten.

Wir kommen hiermit Ihrem Antrag innerhalb der gesetzlichen Frist von vier Wochen nach (§ 8 Abs. 1 IFG). Nachdem der Informationsgewährung grundsätzlich keine Interessen entgegenstehen, die zur Geheimhaltung gemäß § 6 IFG verpflichten, kann die Information wie folgt unmittelbar erteilt werden. Die Beantwortung Ihrer Anfrage ergeht dahingehend, soweit sie den Vollzugsbereich der Landesregierung gemäß Verordnung über die Geschäftsordnung der NÖ Landesregierung betrifft:

Im Zuständigkeitsbereich von Herrn Landesrat Anton Kasser sind für die Planung und Erstellung des „Gesundheitspaktes 2040+“ seitens des Landes NÖ, Amt der NÖ Landesregierung, für die Jahre 2024 und 2025 Sachkosten in der Höhe von brutto € 2.394,30 angelaufen.

Für externe Begleitung und Beratungsleistungen wurden für die Planung und Erstellung des „Gesundheitspaktes 2040+“ für das Jahr 2025 seitens des Landes NÖ, Amt der NÖ Landesregierung, Ausgaben in der Höhe von € 23.584,02 geleistet.

Diese gliedern sich wie folgt:

- 1.) WOLF THEISS Rechtsanwälte GmbH & Co KG in der Höhe von € 12.992,02
- 2.) Dr. Christian Fohringer, Notruf NÖ GmbH, in der Höhe von € 5.000, --
- 3.) FOCUS SOLUTIONS Management Consulting in der Höhe von € 5.592, --

Weitere darüberhinausgehende Dienstleistungen, Aufwandsentschädigungen oder Personalkosten sowohl für Landesbedienstete als auch externe Beauftragte wurden seitens der NÖ Landesregierung, Amt der NÖ Landesregierung, nicht geleistet.

Der landesseitig eingesetzte Projektleiter Mag. Filip Deimel, Gruppenleiter für Gesundheit und Soziales, hatte diese Funktion in seiner Dienstzeit zu absolvieren. Für die Aufbereitung und Analyse von angefragten Datengrundlagen für die Erstellung des Gesundheitspaktes 2040+ gibt es seitens der zuständigen Abteilungen des Amtes der NÖ Landesregierung bezüglich geleisteter Mehrdienstleistungen keine gesonderte Aufzeichnung, zumal die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter diesen Tätigkeiten und der Bearbeitung von Auskunftersuchen in ihrer Dienstzeit/Arbeitszeit nachzukommen hatten.

Die **Mitglieder der Expertenkommission** unter dem Vorsitz von Herrn Dr. Markus Klamming, ehemals Direktor Medizin und Pflege in der NÖ Landesgesundheitsagentur, finden Sie mit Namen und Funktionsbezeichnung in den veröffentlichten Unterlagen¹.

Die Namen der **Mitglieder der Fachgruppe Gesundheit** sind ebenso namentlich in den veröffentlichten Unterlagen offengelegt worden. Ein direktes Dienstverhältnis zum Land NÖ bestehen für den Patientenanwalt Mag. Michael Prunbauer, den ehemaligen Patientenanwalt Dr. Gerald Bachinger und Mag. Filip Deimel, wobei alle 3 genannten Personen eine juristische Ausbildung haben.

Bei den folgenden Personen besteht oder bestand ein Dienstverhältnis zu mehrheitlich aus Mitteln des Landes NÖ finanzierten Organisationen und Organisationseinheiten:

¹ https://noe-landtag.gv.at/fileadmin/gegenstaende/20/06/668/0668_Beilage.pdf

Für die NÖ Landesgesundheitsagentur:

- Dr. Markus Klamming
- Mag. Dr. Elisabeth Bräutigam, MBA
- Gottfried Feiertag
- Prim. Univ. Prof. Dr. Herbert Frank
- Eva Friessenbichler, MBA, MA, MSc
- Prim. Univ. Prof. DDr. Thomas Klestil
- Dr. Wolfgang Walentich, MSc
- DGKP-Maria Aichinger, MSc, MAS
- Dr. Ojan Assadian
- Dr. Silvia Bodi
- Dr. Martin Breitenseher
- Dr. Malte Dancker
- Dr. Rainer Ernstberger
- Mag. Franz Huber
- Mag. Dr. Bernhard Kadlec
- Dr. Reinhold Klug
- DI Franz Laback, MBA
- Dr. Andreas Maieron
- Dr. Alfred Miksch
- Mag. Dr. Gabriele Polanezky, MSc
- Dr. Andreas Reifschneider
- Mag. Mag. Katja Steininger, BSc
- Karl Streicher
- DDr. Franz Watzinger
- Dr. Josef Sattler

Für den NÖGUS:

- Mag. Volker Knestel MSc, Bakk.

Für die NOTRUF NÖ GmbH:

- Dr. Christian Fohringer

Alle anderen im Bericht namentlich genannten Personen sind entsendete Personen aus anderen Gebietskörperschaften, gesetzlichen Interessensvertretungen und Kammern,

Sozialversicherungsträgern oder Universitäten. Der aktuelle Wohnsitz der beteiligten Personen ist der auskunftsgebenden Stelle generell nicht bekannt oder liegt ihr nicht vor.

Bezüglich Ihrer Anfrage, inwieweit budgetäre Mittel für die Umsetzung bzw. weitere Planungen durch die NÖ Landesregierung vorgesehen sind, verweist das Amt der NÖ Landesregierung auf die im Landtag getätigten Beschlüsse.^{2 3}

Wie darin ersichtlich wurde folgender Antrag vorgelegt und beschlossen:

(Auszug aus dem Gesundheits-Ausschuss des NÖ Landtages vom 27.3.2025):

„.....

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert,

- 1. für den Gesundheitsplan Niederösterreich ein Umsetzungskonzept auszuarbeiten und dem Landtag über den Fortschritt der Umsetzung jährlich mit dem LGA-Geschäftsbericht in aussagekräftiger Form Bericht zu erstatten. Diesem Bericht ist der jährliche Bericht des Wirtschaftsprüfers der LGA anzuschließen.*
- 2. die zur Durchführung der dargestellten Maßnahmen und Vorhaben erforderlichen Anordnungen zu treffen und dementsprechend die Einzelprojekte oder bautechnische Maßnahmenbündel dem NÖ Landtag mit einem Finanzierungsvorschlag zur Beschlussfassung vorzulegen.*
- 3. für die Erarbeitung der Konzepte und der Projektentwicklungen zu sorgen. Dafür wird für die nächsten 10 Jahre ein Rahmenbudget von € 150 Mio. zur Verfügung gestellt, über dessen Verwendung der Landtag im Rahmen des Berichtes gemäß Z 1 informiert wird...“*

Die NÖ Landesregierung geht durch ihre abteilungseigenen Rechtsmeinungen und Rechtsdarlegungen des Amtes der NÖ Landesregierung von einer Legalität der angekündigten Maßnahmen aus, die sich mit der Umsetzung der durch den Landtag am 27.3.2025 beschlossenen Vorgehensweisen notwendigerweise ergeben.

Durch die Fassung des Übernahmevertrages zwischen der Stadtgemeinde Gmünd im Art 1 des Vertrags vom 30.11.2004, wurde festgehalten, dass die Sicherstellungsverpflichtung

² <https://noe-landtag.gv.at/gegenstaende/XX/XX-668>

eines Krankenhauses eingeschränkt wird, durch die Vorgaben des Österreichischen Krankenanstaltenplanes (heutige Bezeichnung ÖSG – österreichischer Strukturplan Gesundheit) und des Versorgungsauftrages des NÖGUS/NÖ Gesundheits- und Sozialfonds (geregelt im RSG NÖ - regionaler Strukturplan Gesundheit Niederösterreich⁴). Der RSG NÖ – Regionale Strukturplan Gesundheit wurde in der Sitzung am 15. Dezember 2025⁵ in der Landes-Zielsteuerungskommission beschlossen, die Kundmachung ist ersichtlich im RIS – Rechtsinformationssystem des Bundes.

Zur Prüfung einer gerichtlichen Begleitung und zusätzlich zur Einschätzung von möglichen Rechtsstreitigkeiten wurde eine anwaltliche Expertise eingeholt.

Entgegen den Bestimmungen des § 6 Abs. 1 Z 5 IFG, übermittelt das Land NÖ eine durch WOLF THEISS Rechtsanwälte GmbH & Co KG autorisierte Zusammenfassung der wesentlichen Inhalte der rechtlichen Prüfung der Übergabeverträge als Beilage.

Im Ergebnis wird davon ausgegangen, dass mit diesen Informationen Ihrem Informationsbegehren nach § 7 IFG vollinhaltlich nachgekommen wurde.

Mit freundlichen Grüßen
NÖ Landesregierung
Im Auftrag
Mag. D e i m e l

³ [Gesundheitsplan Niederösterreich: Moderne Versorgung, höchste Qualität. In ganz Niederösterreich, in jeder Region. – Ltg.-669/XX-2025 – NÖ Landtag](#)

⁴ <https://www.gesundheitskasse.at/cdscontent/?contentid=10007.908454&portal=oegkportal>

⁵ https://www.noel.gv.at/noel/Regionaler_Strukturplan_Gesundheit_NOel_2030_praesentiert.html

